Schlichtungsempfehlung

I.

Die Beteiligten streiten über einen Schadensersatzanspruch wegen eines Überspannungseignissenes.

Die Beschwerdegegnerin unterbrach am 19.02.2015 nach vorheriger Ankündigung im Versorgungsgebiet des Beschwerdeführers die Stromversorgung, um Arbeiten am Verteilernetz durchzuführen. Der Beschwerdeführer verlangt von der Beschwerdegegnerin Ersatz für einen Schaden an Elektrogeräten in seiner Küche, welche nach dem „Stromausfall“ funktionsuntüchtig geworden seien. Seinen Schaden beziffert der Beschwerdeführer mit mindestens 3.150,00 EUR.


Er fordert die Beschwerdegegnerin zum Ausgleich des Schadens auf.

Die Beschwerdegegnerin weist den Ersatzanspruch zurück.

Die Versorgungsunterbrechung vom 19.02.2015 sei eine geplante Ausschaltung wegen notweniger Arbeiten am Versorgungsnetz gewesen. Über diese Maßnahme sei der Beschwerdeführer wie alle betroffenen 15 Kunden rechtzeitig entsprechend § 17 Abs. 2 Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) informiert worden. Eine Versorgungsunterbrechung sei in jedem Fall kein Fehler des Produktes Elektrizität im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 1 Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG).

II.

Der Beschwerdeführer hat gegen die Beschwerdegegnerin wegen der Versorgungsunterbrechung am 19.02.2015 keinen Anspruch auf Schadensersatz.


Soweit hier davon auszugehen ist, dass die beim Beschwerdeführer eingetretenen Schäden nicht auf die Versorgungsunterbrechung, sondern auf unvermeidbare sogenannte transiente Überspannungen bei der Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung zurückzuführen sind, dürfte eine Haftung der Beschwerdegegnerin gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 ProdHaftG ebenfalls nicht gegeben sein (nicht


Unter Abwägung der vorgetragenen Meinungen und in Würdigung der Rechtslage wird daher empfohlen, dass sich die Beteiligten wie folgt einigen:

Der Beschwerdeführer hat gegen die Beschwerdegegnerin keinen Anspruch auf Schadensersatz wegen eines Überspannungereignisses vom 19.02.2015.

Berlin, den 11. Mai 2015

Jürgen Kipp
Ombudsmann